

Fortschritt ohne Wandel? Ein Kommentar zu den jüngsten Entwicklungen in Nordkorea



Eric J. Ballbach

Nach dem im Dezember 2012 gegen alle internationalen Warnungen durchgeführten Raketentest kündigte Nordkoreas Führung nun eine ‚wirtschaftliche Öffnung‘ und eine ‚radikale Wende‘ in der Wirtschaftspolitik des Landes an. Doch ist das Regime in P’yöngyang tatsächlich gewillt die mit umfassenden wirtschaftlichen Reformen einhergehenden politischen Risiken einzugehen? Angesichts der generellen Kontinuität der Politik des Kim Jong Un-Regimes muss dies bezweifelt werden. Ohne eine grundsätzliche Änderung der innenpolitischen Machtstrukturen sowie der sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen in Nordostasien ist zu erwarten, dass jeglicher (derzeit durchaus realistische) ökonomische Fortschritt letztlich ein Fortschritt ohne tatsächlichen Wandel bleibt.

Nordkorea zwischen Raketentest und wirtschaftlicher Öffnung

Die jüngsten Entwicklungen in Nordkorea haben das nordostasiatische Land erneut in das Zentrum der weltpolitischen Öffentlichkeit gerückt. Dabei könnten die Meldungen vom Dezember 2012 und Januar 2013 in ihrer medialen und politischen Wahrnehmung und Wirkung unterschiedlicher kaum sein und tragen weiter dazu bei, das Nordkorea umgebende Mysterium hinsichtlich dessen Motive und Politik zu verstärken. Am 12. Dezember 2012 testete Nordkorea nach mehreren Wochen der Spekulation eine Langstreckenrakete vom Typen Ŭnha-3. Wie das Nordamerikanische Luft- und Weltraum-Verteidigungskommando formulierte, verlief der Test erfolgreich und Nordkorea ist es offenbar gelungen einen Wettersatelliten im Erdorbit abzusetzen. Westliche Beobachter sind sich jedoch weitgehend einig, dass der Raketenstart nicht primär wissenschaftlichen, sondern vielmehr militärischen und insbesondere politischen Zwecken diene. So wurde der Test seitens der internationalen Gemeinschaft nahezu einhellig als ‚provokativer Akt‘ bezeichnet, welcher die ohnehin fragile Sicherheitssituation in Ostasien zusätzlich gefährdet/belastet habe. Nachdem sich Nordkorea damit (erneut) bewusst gegen den Willen der internationalen Gemeinschaft stellte, überraschte P’yöngyang im Januar 2013 mit Ankündigungen gänzlich anderer Art. Nach jüngsten Medienmeldungen plant die nordkoreanische Führung um Kim Jong Un offenbar noch im Jahr 2013 die wirtschaftliche Öffnung des Landes und wird auf diesem Weg unter anderem auch von deutschen Experten beraten. Die jüngsten Meldungen reihen sich ein in eine Serie ähnlicher Signale aus P’yöngyang, die auf konkrete Pläne zur Forcierung der wirtschaftlichen Entwicklung schließen lassen. Doch wie sind diese auf den ersten Blick widersprüchlich anmutenden Meldungen zwischen fortgesetztem Militärprogramm einerseits und wirtschaftlicher Öffnung andererseits einzuschätzen? Ist das Regime in P’yöngyang tatsächlich gewillt, die mit umfassenden wirtschaftlichen Reformen einhergehenden politischen Risiken einzugehen?

Wie im Folgenden diskutiert wird, muss dies angesichts der generellen Kontinuität der Machtstruktur und Politik P'yöngyangs bezweifelt werden. Zwar deutet einerseits vieles darauf hin, dass das Regime um Kim Jong Un die wirtschaftliche Entwicklung des Landes in der Tat als einen wichtigen Legitimationsfaktor auserkoren hat – und so bietet die gegenwärtige Situation durchaus eine Chance auf wirtschaftliche Verbesserungen im Land. Andererseits ist die wirtschaftliche Entwicklung weder die einzige noch die wichtigste politische und ideologische Legitimationsquelle des ‚neuen‘ Regimes um Kim Jong Un. Solange sich die generellen innenpolitischen Machtstrukturen und -Konfigurationen sowie die grundsätzlichen sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen für Nordkorea in Nordostasien nicht maßgeblich verändern, bleibt jeglicher wirtschaftliche Fortschritt letztlich ein Fortschritt ohne (tatsächlichen) Wandel.

Kontinuität in der Sicherheitspolitik

Zwar sind die mittel- und langfristigen Implikationen des Raketentests vom Dezember 2012 derzeit noch nicht endgültig abzusehen, doch lassen die jüngsten Entwicklungen und Ereignisse – wenn sie in einen breiteren politischen Kontext gesetzt werden – nichtsdestotrotz einige wichtige Rückschlüsse zu. Zuvorderst ist der Raketentest vom Dezember 2012 nicht nur als eine technologische und militärische, sondern insbesondere auch als eine bedeutsame innen- und außenpolitische Maßnahme zu verstehen. Ein Blick in die nordkoreanische Presse verdeutlicht das innenpolitische Kapital, welches die Führung um Kim Jong Un aus dem erfolgreichen Test der Ŭnha-3 zu schlagen versucht. Kein Tag verging seit dem 12. Dezember ohne eine entsprechende Lobpreisung des geglückten Raketentests, der als Beleg für die ‚brillante militärische Führung‘ Kim Kong Uns und als Erfolg der auf Kim Il Sung zurückgeführten, von Kim Jong Il ausgeführten und von seinem Sohn weitergeführten *sŏn'gun*-Politik sei. Das Konzept des *sŏn'gun* (Militär-Zuerst), das nach wie vor im Zentrum des politischen Diskurses des Landes steht, bezieht sich nach nordkoreanischer Darstellung auf eine Idee, welche das Militärische priorisiert und die Armee als ‚Motor der Revolution und des Aufbaus‘ in das Zentrum des Systems und der Gesellschaft stellt. Entsprechend beschreibt die daraus resultierende *sŏn'gun*-Politik einen spezifischen Politikstil, nach welchem das Militärwesen als primäre Staatsangelegenheit betrachtet wird. Der gegen alle internationale Warnungen durchgeführte Raketentest, so ist einem zu Beginn des Jahres 2013 produzierten nordkoreanischen Propagandaposter zu entnehmen, habe (erneut) die ‚Würde und Macht von *sŏn'gun* Korea‘ unter Beweis gestellt. Die Beständigkeit des politischen Diskurses und der Ideologie des Landes, sowie die fortgesetzte Bedeutung des Militärs als einem zentralen Machtfaktor in Nordkorea, verweist auf die grundsätzliche Kontinuität der Innen- und Außenpolitik unter Kim Jong Un. In diesem Sinne beendete der Raketentest wie auch die anhaltenden Spekulationen um einen bevorstehenden dritten Atombombentest wohl jegliche Spekulationen darüber, ob es sich bei dem Regime Kim Jong Un um ein progressives und auf Reformen ausgelegtes Regime handelt oder nicht – zumindest in sicherheitspolitischer Hinsicht scheint das Regime nicht dazu entschlossen, das Land in eine neue Richtung zu führen.

Fortschritt ohne Wandel in der Wirtschaftspolitik?

Die Kontinuität im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik Nordkoreas scheint auf den ersten Blick in einem direkten Widerspruch zu den jüngst wiederholt verlauteten Ankündigungen zur Forcierung des wirtschaftlichen Fortschritts zu stehen. In Anbetracht der dramatischen und strukturellen wirtschaftlichen Krise Nordkoreas verband die internationale Gemeinschaft mit dem Führungswechsel von Kim Jong Il zu Kim Jong Un die unmittelbare Hoffnung auf wirtschaftliche Reformen im Land. Und in der Tat hat die neue Führung in P'yöngyang diese Hoffnung durch mehrere Aussagen und Ankündigungen weiter befeuert. Bereits in seiner ersten öffentlichen Rede an die Nation im April 2012 betonte Kim Jong Un explizit die Notwendigkeit wirtschaftlicher Prosperität. Im August 2012 erneuerte die nordkoreanische Regierung im Rahmen einer wichtigen policy-Leitlinie das bereits von Kim Jong Il benannte Ziel der ‚(militärisch) starken und (wirtschaftlich) wohlhabenden Nation‘ (*kangsöngtaeguk*). Kim betonte, dass er darauf fokussiert sei ‚die Wirtschaft des Landes zu entwickeln und die Lebensbedingung der Bevölkerung zu verbessern‘. In der Neujahrsansprache zum Jahreswechsel 2013, der ersten ihrer Art seit 1994, kündigte Kim dann gar eine Politik an, die von vielen Beobachtern als ‚radikale Wende‘ bezeichnet wurde. Neben einer möglichen Wiedervereinigung mit dem Süden – ein vages Ziel, welches wohl eher auf eine erneute Bereitschaft zur Verbesserung der wirtschaftlichen Beziehungen zu lesen ist – kündigte Kim für 2013 ein Umsteuern in der Wirtschaftspolitik an, um das Land zu einem ‚wirtschaftlichen Riesen‘ zu machen. Nach Meldungen der FAZ bereitet Nordkorea eine wirtschaftliche Öffnung noch im Jahr 2013 vor und zeigt dabei angeblich besonderes Interesse an einer modernen Investitionsgesetzgebung. Mehrere Anzeichen sprechen momentan dafür, dass zur ‚Öffnung‘ des Landes der von Kim Jong Il gewählte Weg der Fokussierung einer Sonderwirtschaftszonenpolitik nach chinesischem Vorbild um ein ‚vietnamesisches Modell‘ ergänzt wird, nach welchem gezielt Unternehmen für Investitionen ausgewählt werden. Dabei scheint Nordkorea nicht nur die generelle wirtschaftliche Genesung anzustreben, sondern auch die strukturelle ökonomische Abhängigkeit von China aufbrechen zu wollen.

Militärischer Aufbau vs. wirtschaftlicher Aufbau? Der Versuch einer Wertung

Wie sind die beiden scheinbar widersprüchlichen Entwicklungen zwischen fortgesetzter militärischer Aufrüstung und dem angekündigten ökonomischen Wandel nun einzuschätzen? Zuvorderst sind die jüngsten Meldungen hinsichtlich Nordkoreas offensichtlicher Bestrebungen zur Öffnung der Wirtschaft keine wirkliche Neuheit. Vielmehr müssen sie als eine – wenn auch unter anderen Vorzeichen stattfindende – Fortsetzung des bereits von Kim Jong Il in den 1990er Jahren begonnenen ‚ökonomischen Anpassungsprozesses‘ zur Begegnung der Wirtschaftskrise betrachtet werden. Dieser Prozess führte nicht zuletzt zu der Etablierung der seit 2003 betriebenen Sonderwirtschaftszone Kaesöng, in welcher gegenwärtig ca. 50.000 nordkoreanische Arbeiter von über 120 südkoreanischen Unternehmen beschäftigt werden. Darüber hinaus dürfen die gegenwärtig diskutierten Pläne nicht isoliert vom innen- und außenpolitischen Kontext betrachtet werden. So stellen

wirtschaftliche Entwicklung und militärische Stärke zwar einerseits auch für Nordkorea zwei durchaus komplementäre Ziele bzw. zwei Seiten derselben Medaille dar, wie nicht zuletzt der bereits in der Kim Jong Il-Ära populäre Slogan der ‚(militärisch) starken und (wirtschaftlich) wohlhabenden Nation‘ verdeutlicht. Andererseits besteht Vorrangstellung des Militärischen auch unter Kim Jong Un nach wie vor fort. M.a.W. scheint auch die gegenwärtige Führung Nordkoreas (noch?) nicht bereit zu sein, diese in der *sŏn'gun*-Idee kodifizierte und weit über das Militärische hinaus bedeutsame Gewichtung umzukehren. Neben der Betonung der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes machte Kim Jong Un bereits in seiner ersten Rede an die Nation im April 2012 unmissverständlich deutlich, dass die „erste, zweite und dritte Priorität“ in dem Ausbau der „militärischen Macht“ liege. Da angesichts der limitierten Ressourcen Nordkoreas davon ausgegangen werden muss, dass Reformen im offiziellen Wirtschaftskreislauf unwillkürlich auf Kosten des militärischen Kreislaufs gehen, lässt dies vermuten, dass letztlich jedwedes Wirtschaftsprogramm die Pläne zum militärischen Aufbau nicht konterkarieren darf. Damit wird auch der langfristige Bestand und Erfolg möglicher Reformansätze in Frage gestellt. Wenn die jüngsten Ankündigungen also auf den ersten Blick auch einen radikalen Wandel im wirtschaftlichen Bereich vermuten lassen, so spricht eine genauere Betrachtung bei Einbeziehung des politischen Kontextes eher für Kontinuität. Dies bedeutet jedoch nicht die grundsätzliche Negierung der Möglichkeit des wirtschaftlichen Fortschritts unter der Regierung Kim Jong Uns. Diese Möglichkeit ergibt sich nicht zuletzt aus Kim Jong Uns spezifischem Weg zur Macht, der ihn – im Unterschied zu Kim Jong Il – nicht auf einen zwei Dekaden andauernden und vorbereitenden ‚Marsch durch die Institutionen‘ von Partei und Militär führte. Nach einem blitzartigen Aufstieg in die höchsten Ämter des Landes und ohne Chance zur Etablierung eines eigenständigen Systems von Verbündeten und Vertrauten bleibt die familiäre Bande die einzige ‚natürliche‘ Legitimationsquelle für Kim Jong Un. Daher ist davon auszugehen, dass dessen Legitimität unmittelbarer als jene von Kim Jong Il an konkrete Ergebnisse und Fortschritte gebunden ist. Sowohl der Raketentest als auch die jüngsten Ankündigungen zur Forcierung des wirtschaftlichen Wandels sind vor diesem Hintergrund als konkrete Versuche Kim Jong Uns zu werten, die eigene Herrschaft über handfeste Ergebnisse in den beiden zentralen Bereichen des Militärs und der Wirtschaft zu legitimieren. Damit birgt die gegenwärtige Situation durchaus eine Chance für wirtschaftliche Fortschritte in Nordkorea, wenngleich es ohne eine Änderung in der inneren Machtstruktur des Landes sowie den außen- und sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen eher unwahrscheinlich ist, dass P'yöngyang tatsächlich gewillt ist, das politische Risiko von umfassenden ökonomischen Reformen einzugehen. Daher ist davon auszugehen, dass auch der unter den gegebenen Bedingungen durchaus realistische ökonomische Fortschritt ein Fortschritt ohne tatsächlichen Wandel bleibt.